

Befragung der Bundesregierung
Die Bundesregierung hat als Thema der heutigen Kabinettsitzung mitgeteilt:
Erster Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum Soldatinnen- und
Soldatengleichstellungsgesetz.
23. Januar 2008

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode – 138. Sitzung. Berlin, Mittwoch, den 23. Januar 2008

14539

(A)

(C)

138. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 23. Januar 2008

Beginn: 13.00 Uhr

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, und wünsche uns eine erfolgreiche Sitzungswoche.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

Befragung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat als Thema der heutigen Kabinettsitzung mitgeteilt: **Erster Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetz.**

(B) Das Wort für den einleitenden fünfminütigen Bericht hat der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung. – Bitte, Herr Minister.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns in der heutigen Kabinettsitzung mit dem Ersten Erfahrungsbericht der Bundesregierung zum Soldatinnen- und Soldatengleichstellungsgesetz beschäftigt. Dieser Erfahrungsbericht wird dem Deutschen Bundestag in den nächsten Tagen zugehen. Als Bundesregierung sind wir verpflichtet, die Situation der Soldatinnen mit der der Soldaten zu vergleichen und dem Parlament alle zwei Jahre diesbezüglich zu berichten. Sie wissen, dass das Gesetz 2005 in Kraft getreten ist und dass sich dieser Bericht auf den Zeitraum 2005 bis 2006 bezieht. Das heißt, bei diesem Bericht kann es sich nur um eine erste Erfahrungseinschätzung handeln.

Ich will hier gegenüber dem Parlament sagen, dass der zunehmende Anteil weiblicher Soldaten in der Bundeswehr zeigt, dass im Hinblick auf das innere Gefüge unserer Streitkräfte die Fragen der Förderung und der Verhinderung von Benachteiligungen von Bedeutung sind. Die Dienstleistungen von Frauen in den Streitkräften sind seit 1975 schrittweise ausgedehnt worden. Zunächst waren es nur approbierte Ärztinnen und Apothekerinnen. Im Jahr 2001 wurde die Bundeswehr für Frauen geöffnet – auf freiwilliger Basis. 1985 waren le-

diglich 0,04 Prozent aller Berufs- und Zeitsoldaten Frauen. Im Jahr 2006 waren es schon 7 Prozent. Um das in Zahlen auszudrücken: Mittlerweile sind über 15 000 Soldatinnen bei der Bundeswehr aktiv. Ich kann nur sagen: Das ist ein Gewinn für die Streitkräfte. Überall, wo ich hinkomme, kann ich feststellen, dass das Engagement unserer Soldatinnen – sei es im Auslandseinsatz, zum Beispiel in Afghanistan, auf den Fregatten vor dem Horn von Afrika, sei es im Inlandseinsatz – einen besonderen Zugewinn für die Bundeswehr darstellt.

Ich glaube, dass diese Zahl und die Anzahl der Bewerberinnen zeigen, dass der Dienst attraktiv ist und wir die Frage der Eignung und Befähigung ins Blickfeld rücken. Spezifische Probleme müssen aber deutlicher akzentuiert werden. Im Klartext heißt das: Im Rahmen der Vorschrift „Innere Führung“ haben wir das Thema „Familie und Dienst“ stärker in den Blick genommen; denn je mehr Soldatinnen in der Bundeswehr tätig sind, umso häufiger steht dieses Thema auf der Tagesordnung. Dies reicht bis zur Kinderbetreuung. All diese Themen sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung und werden verstärkt von uns behandelt.

Ich will aber auch auf andere Themen zu sprechen kommen, über die teilweise kritisch diskutiert wird. Es wurde die Frage gestellt, warum es bei den Dienstbezeichnungen keine weiblichen Formen gibt. Hierzu will ich sagen: Es bleibt dabei, dass ein Hauptmann ein Hauptmann und nicht eine Hauptfrau ist. Das entspricht im Übrigen dem Wunsch unserer Soldatinnen und auch dem Wunsch unserer militärischen Gleichstellungsbeauftragten. Das Gesetz hätte zwar eine andere Regelung zugelassen, wir wollten diesbezüglich aber dem Wunsch der Soldatinnen entsprechen.

Oft wird die Frage gestellt, wie sich die Situation im Hinblick auf Beförderungen in höhere Dienstgrade darstellt. Hierzu will ich Folgendes sagen: Natürlich ist es so – die Entwicklung begann mehr oder weniger erst im Jahre 2001 und danach –, dass es einige Zeit dauert, bis man Ergebnisse sieht. Aber wir haben mittlerweile eine Generalärztin in Ulm, eine Pilotin, die Tornados fliegt, und Frauen in anderen höheren Dienstgraden. Diese

(D)

Bundesminister Dr. Franz Josef Jung

- (A) Entwicklung vollzieht sich erst. Ich habe es schon gesagt: Dies ist letztlich ein Gewinn für die Bundeswehr.

Für die Streitkräfte insgesamt haben wir einen Frauenanteil von 15 Prozent festgelegt. Beim Sanitätsdienst soll die Quote 50 Prozent betragen. Wir wollen dieses Gesetz weiterhin den Erfordernissen der Tagesaktualität entsprechend umsetzen. Es gibt eine gute Zusammenarbeit mit der militärischen Gleichstellungsbeauftragten.

Das Thema „Familie und Dienst“, das ich schon angesprochen habe, umfasst natürlich auch Themen wie die Teilzeitarbeit und Telearbeitsplätze und erstreckt sich bis zu der Einrichtung von Familienbetreuungscentren. Hier hat der Generalinspekteur Mitte letzten Jahres die „Teilkonzeption Vereinbarkeit von Familie und Dienst in den Streitkräften“ erlassen. In ihr werden Handlungsfelder zur Verbesserung aufgezeigt: Personalführung, Organisation des Dienstes, Führungskompetenz, Dienstzeit sowie finanzielle und sonstige Leistungen für Frauen.

Ich möchte einen letzten Gesichtspunkt ansprechen. Einen besonderen Stellenwert hat die Kinderbetreuung. Sie wissen, dass die Bundesregierung ein Programm zum Ausbau der Kinderbetreuung aufgelegt hat. Wir sind mit den kommunalen und kirchlichen Trägern vor Ort im Gespräch, um unser Angebot zu erweitern und damit auch diesen Kriterien innerhalb der Streitkräfte Rechnung zu tragen.

- (B) Insgesamt würde ich mich freuen, wenn der Bericht der Bundesregierung trotz seines durchaus erheblichen Umfangs auf Ihr reges Interesse trifft und als ein Baustein dazu beiträgt, weiteres Engagement und Aufgeschlossenheit für die Belange der Streitkräfte zu wecken. Ich denke, unsere Soldatinnen und Soldaten haben dies verdient.

Besten Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Herzlichen Dank, Herr Minister. – Ich bitte, zunächst Fragen zu dem Themenbereich zu stellen, über den soeben berichtet wurde.

Das Wort hat die Kollegin Irmgard Schewe-Gerigk.

Irmgard Schewe-Gerigk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister Jung, recht herzlichen Dank für Ihren Vortrag. Es hat ja schon im Vorfeld einige Berichterstattungen dazu gegeben. Unter anderem gibt es einen Bericht der *ddp*. Dazu würde ich gern eine Frage an Sie richten, nämlich die, ob auch die Bundesregierung die Position vertritt, dass es im Ernstfall Probleme und Schwierigkeiten mit Soldatinnen gibt. Ich zitiere jetzt, aus welchem Grund es zu Schwierigkeiten kommen soll. In der *ddp*-Meldung steht:

Es stellte sich heraus, dass die Männer in der Gefahrenlage einen Beschützerinstinkt für die Kameradinnen entwickelten und mehr darauf achteten, sie vor schlimmen Kriegsfolgen zu bewahren als genau die Befehle zu befolgen. Aus diesem Grund

sei schon manche Einheit an den Rand der Kampfunfähigkeit geraten, ist in Militärberichten nachzulesen. (C)

Vertreten auch Sie diese Position, und, wenn ja, welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Frau Abgeordnete, ich vertrete diese Position nicht. Meine Erfahrungen sind völlig anders. Ich habe gerade darauf hingewiesen: Immer wenn ich die Truppen im Auslandseinsatz besuche – sei es am Horn von Afrika auf unseren Fregatten, wo auch unsere Soldatinnen engagiert sind, sei es in Afghanistan oder im Kosovo –, kann ich eher das Gegenteil feststellen.

Ich will allerdings Folgendes sagen: Wir müssen den kulturellen Situationen vor Ort ein Stück Rechnung tragen. Ich denke beispielsweise an Afghanistan. Dort stellt sich die Frage, wo man Soldatinnen, wenn ein Kontakt mit der Bevölkerung vorgesehen ist, einsetzen kann. Das ist ein Punkt, den wir berücksichtigen.

Aber insgesamt unterstreiche ich noch einmal, dass unsere Soldatinnen einen sehr positiven Beitrag zur Entwicklung unserer Streitkräfte leisten und ihren Auftrag voll und ganz erfüllen, so wie ihn die Bundeswehr insgesamt für dieses Land zu leisten hat.

(Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe später noch eine Nachfrage!)

(D)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellt erst einmal die Kollegin Lenke.

Ina Lenke (FDP):

Herr Minister, auch ich kenne das Papier des Generalinspektors, das jetzt ein Jahr alt ist und viele Ideen bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Dienst enthält. Aber aus der Sicht der Truppe kann ich Ihnen sagen, dass die Realität sehr wenig mit dem Bericht zu tun hat. In einiger Zeit soll nun schon wieder ein Bericht vorgelegt werden, und es soll geprüft werden. Sie sollten erst einmal dafür sorgen, dass in Ihrer Truppe Familie und Dienst wirklich vereinbart werden können. Wir alle wissen, dass Soldatenehepaare hier Schwierigkeiten haben.

Da Sie bei der Kinderbetreuung wieder nur auf die Kommunen setzen, möchte ich Sie fragen, ob Sie bei großen Kasernen Möglichkeiten sehen, eine Kinderbetreuung zu organisieren. Es kann schließlich sein, dass beide Ehepartner ins Manöver ziehen müssen. Sie können es einem kommunalen Kindergarten – das ist ähnlich wie an einer Hochschule – nicht zumuten, die Kinderbetreuung auch für die Nacht zu organisieren.

In dem Bericht lese ich: „Man soll ...“, „Man kann ...“, „Es muss überlegt werden ...“ Ich frage Sie: Wie wollen Sie die vielen guten Dinge, die in dem Be-

Ina Lenke

- (A) richt stehen, in diesem oder auch im nächsten Jahr zumindest teilweise umsetzen?

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Der Generalinspekteur hat die Teilkonzeption bewusst erlassen, damit dies in die Praxis umgesetzt wird. Ich bin mit unserer militärischen Gleichstellungsbeauftragten diesbezüglich im Gespräch. Wir wissen, dass wir auf unterschiedliche Herausforderungen Antworten finden müssen. Wenn es beispielsweise vor Ort Möglichkeiten gibt, kommunale Einrichtungen oder kirchliche Träger zur Kinderbetreuung zu nutzen, dann ist es sinnvoll, diesen Weg zu gehen. Aber es gibt im Hinblick auf die Bundeswehr spezifische Fragen, auf die wir eigene Antworten finden müssen. Das gilt für viele Bereiche; ich darf das Thema Teilzeitarbeitsplätze und Telearbeitsplätze ansprechen. Wir haben, um diesen Kriterien Rechnung zu tragen, einen Prozess angestoßen, der sich – das sage ich Ihnen ganz offen – erst noch entwickeln muss.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellt wiederum die Kollegin Schewe-Gerigk. – Bitte.

Irmgard Schewe-Gerigk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Herr Minister Jung, ich freue mich über Ihre positive Einstellung zu den Soldatinnen. Ich habe auch nichts anderes erwartet. Aber ich habe Sie nicht nach der Rolle der Soldatinnen, sondern nach der Rolle der Soldaten gefragt, die, wie es in dem Bericht steht, aus dem ich zitiert habe, statt ihre Befehle auszuführen, ihrem Beschützerinstinkt gegenüber den Soldatinnen nachkommen. Wäre da nicht von Ihrer Seite eine Klarstellung notwendig, damit solche Sätze nicht mehr auftauchen?

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

Es gab in diesem Zusammenhang – das will ich hier nicht verschweigen – durchaus Startschwierigkeiten. Sie wissen, welche große öffentliche Diskussion teilweise stattgefunden hat, als es darum ging, Frauen als Soldatinnen in der Bundeswehr zuzulassen; das will ich jetzt nicht alles schildern. Aber ich muss Ihnen sagen: Die Praxis und die Erfahrung sind völlig anders. Es gibt zwar einzelne Dinge, zum Beispiel das, was Sie gerade angesprochen haben. Dies werden wir aber korrigieren.

Meine Einstellung ist folgende – ich will dies hier im Parlament ganz offen sagen –: Das Verhalten der Männer hat sich in verschiedenster Hinsicht zum Positiven gewendet, als die Frauen dazukamen. Auch das ist ein Gewinn für die Bundeswehr.

(Beifall der Abg. Petra Heß [SPD] –
Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Frauen
sind immer ein Gewinn!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die nächste Frage stellt die Kollegin Lenke.

Ina Lenke (FDP):

(C) Herr Minister, in diesem Bericht gibt es wie üblich Zusammenfassungen und Schlussfolgerungen. Die letzten Sätze dieses Berichtes haben mich wirklich erstaunt; als Verteidigungsminister segnen Sie diesen Bericht ja ab.

Wir wissen, dass der Anteil der Frauen bei den Teilstreitkräften 15 Prozent und bei den Sanitätern 50 Prozent betragen soll. Das ist eine von der alten Regierung festgesetzte Größe. Zum Thema Quoten lassen Sie schreiben, Schätzungen, wann die Quoten erreicht würden, seien nur schwer möglich, da sich die Bewerbungs- und Einstellungslage vor dem Hintergrund der politischen/sicherheitspolitischen Situation, der Arbeitsmarktlage und der demografischen Entwicklung verändern könne. Dann heißt es hier noch: Selbst bei anhaltend guter Bewerbungslage würden die gesetzlichen Quoten nicht erreicht.

Jetzt frage ich Sie: Welche Quoten wollen Sie erreichen? Diese Quote muss ja bei Teilstreitkräften unter 15 Prozent und bei den Sanitätern unter 50 Prozent betragen. Die Quote bei den Sanitätern ist kein großes Problem, aber bleiben wir bei der Truppe und damit bei den Teilstreitkräften. Welchen Prozentsatz meinen Sie in Ihrer Zeit als Minister zu erreichen? Das Schlusswort dieses Berichtes erscheint mir sehr schlecht; denn es ist gerade für die Soldatinnen sehr demotivierend, die sich von Ihnen mehr Geschlechtergerechtigkeit in der Bundeswehr erwartet haben.

Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung:

(D) Zunächst einmal möchte ich noch einmal darauf hinweisen, Frau Kollegin, dass das genannte Gesetz 2005 in Kraft getreten ist und dass dies nach einer relativ kurzen Zeit ein erster Erfahrungsbericht ist. Dass wir dieses Ziel erreichen wollen, ist klar; das ist vorgegeben. Es ist bisher noch nicht erreicht worden; das haben Sie hier gerade formuliert. Aber ich denke, wir kommen dorthin.

Ich habe den Eindruck – das will ich klar und deutlich sagen –, dass im Hinblick auf Eignung, Leistung und Fähigkeit Voraussetzungen dafür gegeben sind, das zu erreichen. Wir haben übrigens bei der Bewerberlage – wenn ich es richtig im Kopf habe – ein Verhältnis von eins zu vier bei den Frauen und Männern, die zu uns wollen. Von daher bin ich durchaus optimistisch, dass wir diese Quote erreichen.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich schaue jetzt in die Runde. Mir sind bisher keine weiteren Fragen zum Bericht des Ministers angezeigt worden. – Es scheint auch jetzt keine zu geben.

Gibt es Fragen zu anderen Themen der heutigen Kabinettsitzung? – Auch das ist nicht der Fall.

Herzlichen Dank, Herr Minister.

Ich beende die Befragung der Bundesregierung und unterbreche die Sitzung für zehn Minuten, bevor ich die Fragestunde aufrufe, da die Kolleginnen und Kollegen, die es betrifft, offensichtlich nicht damit gerechnet

Vizepräsidentin Petra Pau

- (A) haben, dass dieser umfangreiche Bericht hier in so kurzer Zeit behandelt werden kann.

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]:

Das zeigt die Qualität des Berichts!)

(Unterbrechung von 13.16 bis 13.25 Uhr)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Fragestunde

– Drucksachen 16/7792, 16/7820 –

Zu Beginn der Fragestunde rufe ich gemäß Ziffer 10 Abs. 2 der Richtlinien für die Fragestunde die dringlichen Fragen auf Drucksache 16/7820 auf.

Wir beginnen mit dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Zur Beantwortung der dringlichen Fragen steht der Parlamentarische Staatssekretär Franz Thönnies zur Verfügung.

Ich rufe die dringliche Frage 1 der Kollegin Dr. Dagmar Enkelmann auf:

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Feststellung des Statistischen Bundesamtes vom Montag, dem 21. Januar 2008, dass im Jahr 2005 knapp 13 Prozent der Bundesbürger von Armut bedroht gewesen seien und dieser Anteil in den letzten Jahren deutlich zugenommen habe?

Bitte, Herr Staatssekretär.

- (B) **Franz Thönnies**, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Frau Abgeordnete Dr. Enkelmann, das Statistische Bundesamt berichtet in seiner Pressemitteilung vom 21. Januar 2008 nicht, dass der Anteil der von Armut bedrohten Menschen in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat.

Die amtlichen Daten zeigen, dass das statistische Risiko von Einkommensarmut von 2004 auf 2005 trotz der wirtschaftlich angespannten Situation nur geringfügig angestiegen ist, nämlich nur um rund 1 Prozentpunkt. In der Pressemitteilung werden aktuelle Ergebnisse der Erhebung „Leben in Europa 2006“ vorgestellt. Die neue Statistik wird mittlerweile in allen EU-Mitgliedstaaten sowie in Norwegen und Island einheitlich erstellt und liefert als einzige amtliche Quelle international vergleichbare Informationen zu Einkommensverteilung, Armut und Lebensbedingungen in Europa. Ausschlaggebend für die Armutsrisikoquote sind die erfragten Vorjahreseinkommen aus 2005. Auf dieser Grundlage hat das Statistische Bundesamt für Deutschland eine Armutsrisikoquote von genau 12,7 Prozent ermittelt. Damit liegt Deutschland deutlich unter dem EU-25-Schnitt von 16 Prozent und gehört zu den Staaten mit geringem Armutsrisiko. Lediglich die skandinavischen Länder, Tschechien und Slowenien schneiden noch besser ab.

Im Übrigen ist inzwischen bereits der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung in Arbeit. Dieser Bericht soll dem Kabinett im Frühjahr 2008 vorgelegt werden, da er nach einem Beschluss des Deut-

schen Bundestages regelmäßig zur Mitte einer jeden Legislaturperiode vorzulegen ist. Daran schließt sich dann die Behandlung im Parlament an. In diesem Bericht wird ein umfassendes Bild der sozialen Lage in Deutschland beschrieben, das sich nicht nur auf die Analyse relativer Einkommensarmut beschränkt; vielmehr werden dort weitere Teilhabeformen und die Lebenslagen ausgewählter Gruppen analysiert sowie die Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung von Teilhabe und sozialer Integration beschrieben. Nur auf der Basis einer derart umfassenden Betrachtung und Bewertung können entsprechende Schlussfolgerungen gezogen werden.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Frau Dr. Enkelmann, Sie haben das Wort zu Ihrer ersten Nachfrage.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Eine kurze Vorbemerkung, Herr Staatssekretär: Ich finde es schon erschreckend, dass Sie es offenkundig nicht als Problem begreifen, wenn 13 Prozent der Menschen von Armut bedroht sind.

Ich komme zu meiner ersten Nachfrage: Inwieweit könnte ein gesetzlich garantierter Mindestlohn zur Armutsvermeidung beitragen?

Ein Problem in diesem Land ist die Kinderarmut. 2,6 Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut; das ist ein Skandal. Dazu meine zweite Nachfrage: Was will die Bundesregierung tun, welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um Kinderarmut zu vermeiden?

Vizepräsidentin Petra Pau:

Das waren jetzt gleich beide möglichen Nachfragen. – Bitte, Herr Staatssekretär.

Franz Thönnies, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Frau Dr. Enkelmann, eine Anmerkung zu Ihrer Vorbemerkung: Damit befassen wir uns schon. Das macht Sorgen. Wir gehen mit diesem Thema sehr sorgfältig um. Dies hat bereits die Vorgängerregierung im Jahre 2003 mit der Einführung der Grundsicherung getan, und das tut die jetzige Koalition dadurch, dass sie die Armuts- und Reichtumsberichterstattung fortschreibt. Das ist im Koalitionsvertrag so niedergelegt.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Es geht um Schlussfolgerungen! Der Bericht hilft den Betroffenen nicht!)

– Ich habe Ihnen gerade gesagt: Wir arbeiten daran.

Man kann sich dabei nicht einfach nur auf eine statistische Erhebung und Bewertung konzentrieren, sondern wir müssen auch darüber sprechen, wie es mit den Teilhabechancen, der Bildung und der Arbeit aussieht. Im Dritten Armuts- und Reichtumsbericht wird ein umfassendes Bild beschrieben. Das zeigt, dass die Bundesregierung auch bei diesem Thema an entsprechenden Antworten arbeitet.